



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/238

12. Oktober 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Gefährliche Verknüpfung	S.1
Lebhafte Innenpolitik in Frankreich - Bericht aus Paris -	S.3
Was könnte Dr. Seebohm aussagen?	S.4
"Tag der deutschen Kriegsgefangenen"	S.5
AFoLL-Telegramm an Dr. Schumacher	S.6

Gefährliche Verknüpfung

F.R. Eine unheimlich enge Verknüpfung politischer mit militärischen Überlegungen und Planungen ist das unerfreuliche Kennzeichen der politischen Situation seit vielen Wochen. Dadurch ist der Zustand einer erhöhten permanenten Spannung entstanden, wie man freilich auch sagen kann, dass ohne die bekannten grossen politischen Zerwürfnisse das militärische Moment nicht so stark hervorgetreten wäre. Es ist das alte Wechselspiel von Ursache und Wirkung. Jene Verknüpfung entstand aber fast zwangsläufig, denn ein Verzicht des Westens, die weltpolitischen Zusammenhänge auch militärisch zu sehen und danach sich zu verhalten, würde für die Sowjetunion nur einen verstärkten Anreiz zur Ausdehnung ihrer Macht bedeutet haben.

Das Junktum zwischen politischem und militärischem Denken ist natürlich überall dort besonders eng, wo der Gegensatz zwischen dem Westen und dem Osten drastische Formen angenommen hat: In Mitteleuropa, vor allem in Deutschland und im Fernen Osten, wo es sogar zum Kriege kam. Symbolisch für das Ineinanderübergehen beider Themenkreise in Ostasien ist das Pazifik-Gespräch zwischen Truman und McArthur. Der Staatsmann wird sich mit dem General unterhalten - zum ersten Mal übrigens seit 13 Jahren - und man wird bemüht sein, zwischen politischen und militärischen Erfordernissen den notwendigen Ausgleich zu finden. Man wird sich dabei vermutlich sagen, dass der Aussenminister Rot-Chinas zum zweiten Mal starke Worte gegenüber den USA gebraucht und Stalin ein Sympathie-Telegramm an die Nordkoreaner geschickt hat, wiege sicher

weniger schwer als der auffallende sowjetische Wunsch nach einer Fünf-Mächte-Konferenz. Ausserdem: Mao-Tse-Tung will in der Uno vertreten sein und es wäre widersinnig, wenn er unter dieser Voraussetzung die Versammlung, die zur Zeit in Lake Success tagt, herausfordern wollte. Schliesslich fliessen in der Frage der Vereinheitlichung Koreas sowie beim Formosa-Problem militärische und politische Gesichtspunkte zusammen.

Auch die atlantisch-europäische Diskussion steht ganz im Zeichen des Zusammenspiels politischer mit militärischen Überlegungen. Aussenminister Acheson erklärte in einer Pressekonferenz, die Vereinigten Staaten seien nach wie vor dafür, Truppenkontingente der Deutschen Bundesrepublik in eine künftige gemeinsame nordatlantische Armee aufzunehmen. Der britische Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick forderte eine "klare politische Entscheidung des deutschen Volkes für den Westen". Dazu gehöre die Bereitschaft, zusammen mit den Alliierten Westdeutschland und Westeuropa zu verteidigen. Der französische Standpunkt ist unverändert - noch liegen keine Anzeichen dafür vor, dass Frankreich sich in absehbarer Zeit mit einer deutschen Wiederbewaffnung in irgend einer Form einverstanden erklären werde. Bundeskanzler Adenauer schliesslich hat erklärt, die Aufrüstung sei für Westdeutschland noch nicht spruchreif. Bisher seien von der Bundesregierung keinerlei bindende Verpflichtungen hinsichtlich der Aufstellung deutscher Divisionen eingegangen, in dieser Frage müsse der Bundestag entscheiden. Die Feststellungen sind beruhigend, wenn sie auch im Munde des Bundeskanzlers überraschen, nach so vielen anders tendierenden Interviews und dem Rücktritt Heinemanns und seinen Begleitumständen.

Das alles zusammen gibt gewiss kein klares oder gar erfreuliches Bild. Die allgemeine Unsicherheit und jene bedenkliche Verknüpfung bleiben. Politischem Denken ist es selten gut bekommen, fortwährend mit militärischen Vorstellungen durchsetzt zu werden. Bisweilen ist es bitterer Zwang, der dazu führt. Ein Nutzen auf die Dauer liegt darin selten.

- - - -

Lebhaftere Innenpolitik Frankreichs

Von Alfred Frisch, Paris

Am 17. Oktober tritt die französische Nationalversammlung zusammen. Je näher das Datum rückt, desto zahlreicher werden - wie jedes Jahr - die Gerüchte über politische Spannungen und eine etwaige Regierungskrise. Im Vordergrund stehen drei Probleme, von denen zwei, die Schul- und Wahlreform, seit Jahrzehnten ein untrennbarer Bestandteil der französischen Innenpolitik sind, während das dritte, die Amnestie der Kollaborateure, mehr zeitgebunden ist. Überschattet wird dieser nach ausländischer Ansicht leicht als Sturm im Wasserglas zu beurteilende Streit von der schweren aussenpolitischen Entscheidung über die deutsche Wiederaufrüstung

Die Amnestie bewegt lediglich den schwachen rechten Flügel der Regierungskoalition und sollte keine grösseren Schwierigkeiten verursachen. Ihr Grundsatz ist anerkannt. Meinungsverschiedenheiten bestehen allein über ihr Ausmaß.

Das eigentliche politische Ringen geht um Schul- und Wahlreform, die sich gegenseitig bedingen, um nicht zu sagen, dass sie sich für einen etwaigen politischen Kuhhandel eignen. Die finanzielle Unterstützung der Bekenntnisschulen ist der sehnstüchtige Wunsch der Volkerepublikaner, die hierfür mit der Billigung aller Rechtsparteien rechnen können. Die Radikalsocialisten, in der Vergangenheit die treibende Kraft für die Trennung von Kirche und Staat sowie für die völlige Ausschaltung der Bekenntnisschulen, verleugnen aber nicht gerne ihre Tradition und stehen, zusammen mit den Sozialisten, einer indirekten Anerkennung der Bekenntnisschulen eher ablehnend gegenüber. Sie legen jedoch grössten Wert auf Einführung eines Mehrheitswahlrechts an Stelle des augenblicklich gültigen Proportionalsystems. Da aber die eifrigsten Vertreter des Proportionalsystems, die Kommunisten und die Volksrepublikaner, zusammen in der Nationalversammlung über die Mehrheit verfügen, ist eine Abänderung des Wahlrechts ohne Zugeständnisse an die Volkerepublikaner in der Schulfrage unvorstellbar. Erschwerend wirkt, dass Schul- und Wahlreform offiziell zum Regierungsprogramm gehören und daher eine vorangehende Einigung sämtlicher Regierungsparteien über etwaige Gesetzesanträge bedingen. Sonst wäre es möglich gewesen, etwaige Reformen durch wechselnde Mehrheiten annehmen zu lassen. Das hätte aber praktisch zur Ausschaltung des sozialistischen Einflusses in diesen beiden Fragen geführt, weshalb gerade die Sozialisten auf der Aufrechterhaltung der Regierungssolidarität bestehen.

Niemand dächte an eine Regierungskrise, wenn nicht Neuwahlen vor

der Tür stünden. Nichts aber verfälscht die politische Atmosphäre Frankreichs mehr als der Gedanke der Abgeordneten an ihre Wähler. Das veranlasst ernste Politiker, eine Vorverlegung der Wahlen vom Frühjahr oder Sommer 1951 auf Ende 1950 zu empfehlen, weil sie im Vorwahlklima eine Gefährdung der Wiederaufrüstungsanstrengungen befürchten. Eine grosse Versuchung ist für alle Parteien die Angelegenheit der deutschen Wiederaufrüstung. Unmachglaubigkeit, selbst gegenüber amerikanischem Druck, könnte hier nach Ansicht mancher Parteipolitiker die Wähler günstig beeinflussen.

Die innerpolitischen Streitigkeiten Frankreichs sind zweifellos, international gesehen, höchst störend. Sie lenken die öffentliche Meinung des Landes von den wichtigsten Aufgaben ab. Es ist andererseits bedauerlich, dass Debatten über die europäische Zusammenarbeit und die westliche Verteidigung aus rein taktischen Gründen durch Rücksichtnahmen auf Schul- und Wahlreform verfälscht werden. Zweifellos wären sofortige Neuwahlen wünschenswert, zumal sich die Kommunisten zur Zeit infolge der Ereignisse in Korea in einer ziemlich unangenehmen Lage befinden.

- - - -

Was könnte Dr. Seehofer aussagen?

sp. Vor dem Bundestagsausschuss zur Untersuchung der Bestechung von Bundestagsabgeordneten werden jetzt Fragen beantwortet, die schon öfter in der Öffentlichkeit gestellt wurden, bisher aber keine Antwort erhielten, nämlich: wer finanziert gewisse Parteien des bürgerlichen Blocks. So hat der Syndikus und Vertrauensmann westdeutscher Industriekreise, Heinrichsbauer, während eines dramatischen Kreuzverhörs zugeben müssen, "im Auftrage eines Industriekonsortiums von Industriefirmen" Gelder an Abgeordnete und Parteien für politische Zwecke weitergeleitet zu haben. Auch die Erdölindustrie hat dazu beigetragen, die leeren Parteikassen zu füllen. Der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes der Erdölgewinnungsbetriebe, Direktor Theodor Telle, Hannover hat, wie der ehemalige Abgeordnete der Bayernpartei, Hermann Aumer, zugab, grössere Summen weitergeleitet, "um den radikalen Flügel der Bayern-Partei zu gemässigten Ansichten zu bewegen". Man kann diesen Nachsatz nur als verspätetes Ablenkungsmanöver betrachten, mit dem sich die Öffentlichkeit nicht zufrieden geben kann, zumal in der Veröffentlichung des "Spiegel" das Geständnis Aumers zu lesen stand, er habe das Geld bekommen, um für höhere Benzinpriese zu stimmen, als diese Frage vor dem Bundestag zur Debatte

stand.

Zu dem Zeitpunkt, da die fraglichen Gelder ausgehändigt wurden, war Vorsitzender des Verbandes der Erdölgewinnungsbetriebe nicht Theodor Telle, sondern Dr. Hanns Christoph Seebohm, der damalige und auch heutige Bundesverkehrsminister. Der Wechsel im Vorstand dieses Verbandes geschah erst am 25. Mai 1950. Ebenso hat Dr. Seebohm seinen Posten als Geschäftsführer der Erdölfirma Deilmann, Braunschweig, erst niedergelegt, als er schon einige Zeit Bundesminister war. Es kann also mit Fug und Recht angenommen werden, dass Dr. Seebohm bis zu der Zeit, da er diese privatwirtschaftlichen Funktionen inne hatte, über die Vorgänge innerhalb der von ihm geleiteten Körperschaften Kenntnis hatte, vor allem auch von der "Besorgnis" der Erdölindustrie über den "Radikalismus der Bayern-Partei". Wobei nicht zu übersehen ist, dass das deutsche Erdölgebiet in Niedersachsen liegt, während der "Radikalismus der Bayern-Partei" sich in Bayern auszutoben pflegt. Vielleicht kann Dr. Seebohm dazu beitragen, etwas mehr Licht in diese dunklen Pfade des Erdölgeldes zu bringen, indem er in seiner Eigenschaft als ehemaliger Vorsitzender des Verbandes der Erdölgewinnungsbetriebe vor dem Untersuchungsausschuss aussagt.

- - - -

"Tag der deutschen Kriegsgefangenen"

sp. Sowjetrussland hat nach seinen eigenen Angaben 13.000 - in Wirklichkeit weitaus mehr - deutsche Kriegsgefangene als "Kriegsverbrecher" zurückbehalten. Es erlaubt ihnen aber nicht, mit ihren Angehörigen in der Heimat in Verbindung zu treten, sei es auch nur durch eine Postkarte über das Internationale Rote Kreuz. Am 26. Oktober, dem "Tag der deutschen Kriegsgefangenen", gilt es, das mit anzuprangern. Es wird ein Tag der Anklage gegen Sowjetrussland sein. Auch wenn es die politische Kluft zwischen Deutschland und Sowjetrussland nicht gäbe, würde die Behandlung, die der Bolschewismus den Kriegsgefangenen zuteil werden liess, das Band zwischen Deutschen und Russen zerschneiden.

Den 26. Oktober als den "Tag der deutschen Kriegsgefangenen" zu be-
gehen, ist ein Beschluss der Bundesregierung, der der Zustimmung aller
sicher ist. Es geht um die Aufklärung des Schicksals von 500 - 700.000
Menschen. Das ist nicht nur eine Sache der Angehörigen, das geht das
ganze deutsche Volk an, auch dort, wo die Russen die Macht ausüben. Dank
amerikanischer Initiative erhält die deutsche Sache nun internationale
Unterstützung durch die UNO. Es wäre ein Fehler, dies als ein amerikani-
sches Mittel im Kalten Krieg zu betrachten. Die Berufung zweier deutscher
Bundestagsabgeordneter nach Lake Success als Experten in der Kriegsge-

fangenenfrage beweist, dass die UNO um die sachliche Aufklärung, nicht um die propagandistische Auswertung dieser kommunistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bemüht ist. Wenn dann die Reihe der peinlichen Fragen an Wyschinski beginnt, möge man auch nach den Zahlen und Ursachen des Massensterbens in den Kriegsgefangenenlagern forschen. Dieses Kapitel verlangt ebenso nach einer russischen Erklärung wie die Zurückhaltung von 700.000 Menschen.

Afoff: "...in jeder Weise unterstützen"

sp. Dr. Kurt Schumacher hat kürzlich den amerikanischen Gewerkschaften für die Unterstützung gedankt, die diese Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft bei ihrem Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze zuteil werden liessen. Daraufhin hat Dr. Schumacher vor wenigen Tagen ein Telegramm erhalten, dem wir u.a. entnehmen:

"Ihr Telegramm wurde den Funktionären und Delegierten des 69. Jahreskongresses der A.F. of L. verlesen. Es wurde mit grosser Anerkennung aufgenommen. Die Delegierten erinnerten sich Ihrer Anwesenheit auf dem Kongress des AFoL vor einigen Jahren. Aus diesem Grunde und aus vielen anderen Gründen wussten sie die in Ihrem Telegramm ausgesprochenen Gedanken sehr zu würdigen. Wir alle haben Verständnis für die ungeheuren Probleme, denen die deutsche Arbeiterschaft gegenübersteht und auch die Schwierigkeiten, die sie überwältigen muss. Seien Sie versichert, dass es unsere Politik und unser Ziel ist, mit den deutschen Arbeitern zusammenzuarbeiten und sie in jeder Weise zu unterstützen".

COMISCO und Titoismus

sp. Wie bereits gemeldet, wird die Sozialistische Partei Jugoslawiens der vom 21. - 22. Oktober stattfindenden COMISCO-Sitzung in Paris eine Entschliessung zum "Titoismus" vorlegen. Dieser Entschliessung nach "sieht der demokratische Sozialismus nicht die Lösung aller Probleme, die die Welt heute beschäftigen, in der Befreiung der kommunistischen Parteien von der Beherrschung durch Moskau. Diese Parteien sind, auch wenn sie nicht von Moskau kommandiert werden - wie die jugoslawische - antidemokratisch... Aus diesen Gründen lehnt der demokratische Sozialismus alle Erscheinungsformen des totalitären Kommunismus ab, ohne Unterschied des Grades, bis zu dem sie dem Sowjetimperialismus unterworfen sind. Das soll aber nicht bedeuten, dass die Demokratie neutral zu bleiben hat, wenn der Sowjetimperialismus mit Gewalt versucht, ein kommunistisches Regime zum Gehorsam zu zwingen. Das ist dann nicht länger die Frage eines Zwistes zwischen zwei kommunistischen Cliquen, sondern die Frage der Erhaltung oder Vernichtung der Unabhängigkeit eines souveränen Staates... Im Falle Jugoslawiens fordert der demokratische Sozialismus die Welt auf, das jugoslawische Volk vor der Bedrohung durch den russischen Imperialismus zu schützen. Zur gleichen Zeit begehrt er die Wiedererrichtung der wahren Demokratie in Jugoslawien im Wege freier Wahlen unter internationaler Kontrolle, wie sie in Griechenland stattgefunden haben".